



## **Antrag**

der Fraktionen von CDU und SPD

### **Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken - Prioritäten setzen**

Das Bündnis für Ausbildung hat bislang dafür gesorgt, dass Schleswig-Holstein bei der dualen Ausbildung in der Spitzengruppe lag. Seit der Entstehung des Bündnisses 1997 gelang es den Bündnispartnern, allen Jugendlichen Angebote zu unterbreiten – im Idealfall für einen Ausbildungsplatz, in anderen Fällen für eine qualifizierende Vorbereitungsmaßnahme.

Diese erfolgreiche Politik soll im Sinne der Jugendlichen und im Interesse der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft, die gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in Zukunft benötigen wird, fortgeführt werden. Da die Ausbildungssituation dennoch weiterhin angespannt ist, stellt die Weiterentwicklung der ausbildungspolitischen Maßnahmen eine besondere Herausforderung dar.

#### **Der Landtag wolle beschließen:**

Die Landesregierung wird gebeten, in der 6. Tagung dem Landtag einen Bericht zur langfristigen Verbesserung der Ausbildungssituation zu geben.

Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. neue Ausbildungsstellen in Schleswig-Holstein:
  - Wie viele Ausbildungsakquisiteurinnen und Ausbildungsakquisiteure werben im laufenden Ausbildungsjahr bei Betrieben um die Schaffung neuer Ausbildungsplätze?
  - Wie erfolgreich ist ihre Tätigkeit bisher?

2. Erste Erkenntnisse über die Akzeptanz der neuen Instrumente und Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung:
  - Wie werden die neuen Ausbildungsberufe von der Wirtschaft angenommen?
  - Wie werden die verkürzten Ausbildungsgänge angenommen?
  - Wie werden die Einstiegsqualifizierungen von der Wirtschaft angenommen?
  - Wird genutzt, dass die Pflicht zur Ausbildereignungsprüfung ausgesetzt ist?
3. Angebot und Nachfrage, Zukunftsfelder:
  - Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, um ausbildungswillige Jugendliche und ausbildungsbereite Firmen zusammenzubringen?
  - Mit welchen Maßnahmen soll für die einzelnen Wirtschaftsbereiche ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt werden?
  - In welcher Form werden durch die Schule, durch Betriebe und durch die Berufsberatung neue Ausbildungsberufe und zukunftsorientierte Berufsfelder bekannt gemacht und wie wird ihre Attraktivität für die Jugendlichen gesteigert?
4. Ausbildung im öffentlichen Dienst:
  - Beabsichtigt die Landesregierung, erneut zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen?
  - In welchen Bereichen der Landesverwaltung bestehen derzeit zukunftsfähige Tätigkeitsfelder, in denen eine berufliche Ausbildung besonders attraktiv ist?
5. Schulische und betriebliche Zusammenarbeit, Ausbildungsfähigkeit:
  - Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, Kooperationen von allgemeinbildender Schule und Wirtschaft vor Ort zu stärken?
  - Welche der bisher eingeleiteten Maßnahmen in Bezug auf die Verbesserung in den Hauptfächern Deutsch und Mathematik an Hauptschulen haben sich bisher als besonders erfolgreich herausgestellt und welche Rückmeldungen gab es hierzu aus den ausbildenden Betrieben?
  - Gibt es Initiativen, die von Teilen der Wirtschaft beklagten Mängel von Jugendlichen im Bereich der sozialen Kompetenz auszugleichen?
  - Welche besonderen Aktivitäten schlägt die Landesregierung zur Verbesserung der Ausbildungssituation von Hauptschülerinnen und Hauptschülern vor und wie soll die Wirtschaft motiviert werden, Hauptschülerinnen und Hauptschüler bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen besser zu berücksichtigen?

Johannes Callsen  
und Fraktion

Anette Langner  
und Fraktion